

Vertreterversammlung 2021
des Philologenverbands Baden-Württemberg
Resolution zur Gleichstellung

Die Vertreterversammlung 2021 des PhV BW stellt fest:

Die Belastungssituation von Lehrkräften insbesondere mit kleineren Kindern zeigt sich seit Beginn der Corona-Maßnahmen überdeutlich. Aber auch unter normalen Bedingungen stehen dienstliche Belange häufig der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entgegen. Lehrkräfte sind trotz Chancengleichheitsgesetz und Kinderbetreuungseinrichtungen ständig in Sorge, ob ihre Schulleitung die für sie notwendigen Rahmenbedingungen möglich machen kann. Teilzeitkräfte müssen Entlastung bei teilbaren Aufgaben in der Regel individuell bei der Schulleitung erbitten. Gleichzeitig steigt die Belastung für die Kollegien aufgrund von Beurlaubungen junger Eltern. Lehrkräfte in Vollzeit oder ohne besondere Lebenslage werden mit Zusatzaufgaben und schlechten Stundenplänen regelmäßig an den Rand des Leistbaren gebracht.

Und noch immer gilt: Gemessen am Frauenanteil im gymnasialen Lehramt sind Frauen in Führung überraschend unterrepräsentiert, insbesondere in Schulleitungen.

Lehrkräfte sind auch Rollenvorbilder und Wertevermittler. Fragen der Gleichstellung reichen weit über berufspolitische Fragen hinaus direkt in unser Kerngeschäft (Persönlichkeits-)Bildung hinein.

Der PhV BW fordert daher:

1. Eine bessere Vereinbarkeit für Familie und Beruf für Lehrkräfte ohne Zusatzbelastung, für Lehrkräfte mit und ohne Kinder bzw. zu pflegenden Angehörigen. Das heißt konkret:

- Auch Gymnasien brauchen eine Vertretungsreserve.
- Teilbare und unteilbare Aufgaben müssen durch den Dienstherrn definiert werden.
- Fortbildungen sind Arbeit und Teil der Arbeitszeit. Regenerations- und Familienzeiten dürfen nicht zur Verfügungsmasse werden.
- Betreuungsangebote für Kita- und Grundschulkindern müssen flexibler werden.

- Betreuungsplätze für Kinder von Lehrkräften müssen so rechtzeitig zugesagt werden, dass Kolleginnen und Kollegen die Antragsfristen des Dienstherrn einhalten können.
- Digitale Teilnahmemöglichkeiten an analogen Konferenzen müssen geschaffen werden.

2. Das Land muss seine Führungskräfteauswahl geschlechtergerechter und nachhaltiger ausrichten:

- Frauen müssen gestärkt und motiviert werden – so wie Männer.
- Personen aus dem Kreis der LGBTQA+ Community dürfen nicht ignoriert werden.
- Die Funktionstätigkeit darf nicht additiv sein. Zusatzaufgaben im Rahmen von Funktionsstellen müssen mit entsprechenden Entlastungsstunden ausgeglichen werden.
- Funktionsstellen müssen in Teilzeit möglich sein – ohne sich mit Jobsharing dauerhaft auf ein Teilzeitdeputat festlegen zu müssen.
- Kriterien bei Stellenausschreibungen und Bewerbungsverfahren müssen hinsichtlich des Gleichheitsaspekts überarbeitet werden.
- Beurteilungen und Bewerberverfahren müssen transparenter gestaltet und Personalräte sowie BfC mit mehr Rechten für den Schutz der Beurteilten ausgestattet werden.

Philologenverband Baden-Württemberg

Vertreterversammlung am 10.12.2021 in Stuttgart